

Reform der EU-Regionalpolitik im Spannungsfeld von Förderung einzelner Wachstumspole (Clusterregionen) und dem Abbau regionaler Disparitäten (Zusammenfassung)

vorgelegt von: Prof. Dr. sc. Harald Zschiedrich (Fachkoordinator für Außenwirtschaft / Internationales Management an der FHTW Berlin und Mitglied des AEI)

Der Zusammenhang zwischen Reformbedarf und Transformation war und ist in den Wirtschaften der neuen EU-Beitrittsländer Mittelosteuropas besonders intensiv. Dabei drängt sich die Frage auf, ob Reformprozesse in Mittelosteuropa auch als Vorbild für notwendige Reformen in den Ländern Westeuropas gelten können, worauf im ersten Teil des Beitrages kurz eingegangen wird (Vereinfachung des Steuersystems, Aufbau von Wachstumsregionen innerhalb der MOEL etc.).

Die Transformationsökonomien in Mittelosteuropa aber auch die irische Wirtschaft haben – wenn auch mit unterschiedlichen Erfolg vorgemacht – wie aus strukturschwachen Gebieten Wachstumsregionen werden (Wachstumspole mit Clustercharakter). Dies hat insbesondere in jenen Regionen immer dann gut funktioniert, wenn der Anstieg der Arbeitskosten hinter dem Produktivitätsfortschritt bleibt (Automobilcluster in MOE, Knowledge based Cluster Dublin), wenn die Arbeitsmärkte mobil und flexibel sind und der Staat den ausländischen Investoren genügend Raum für Aktivitäten lässt, etwa durch Steuervergünstigungen in Sonderwirtschaftszonen (Polen, Ungarn). Reform- und Transformationserfolge hängen in den Wirtschaften Mittelosteuropas – dies haben die vergangenen 15 Jahre eindrucksvoll bestätigt – in hohem Maße davon ab, ob es auch weiterhin gelingt, ausländische Investoren anzulocken. Hierzu war und ist die Reform der Institutionen in diesen Ländern ein ständiges Erfordernis, um optimale Investitionsbedingungen zu garantieren. Was die regionalökonomische Seite – den Kern des Beitrages betrifft – so wird von der in der Praxis bereits verifizierten These ausgegangen, wonach der Wettbewerb um Direktinvestitionen (vgl. Zschiedrich, R. Hampf Verlag, München 2006) sich heute nicht mehr zwischen Ländern und Nationen, sondern vielmehr zwischen netzwerkartig strukturierten Regionen – den sogenannten regionalen Industrieclustern vollzieht: „Investors – domestic and foreign alike – seek to take advantage of dynamic clusters“. Gleichzeitig wurde jedoch auch die andere Tendenz klar erkennbar: „Where agglomeration economies are significant, the rest of the country might be of little relevance to the locational decision of firms“ (World Investment Report). Damit haben sich – wie viele internationale Studien und eigene Untersuchungen in MOE zeigen – die regionalen Disparitäten (Ungleichgewichte) im Ergebnis der FDI eher verstärkt als vermindert. Eine Reform der EU-Strukturpolitik muss zwei Erfordernissen Rechnung tragen: Sie muss dazu beitragen (Artikel 158 EG Vertrag), die Unterschiede im Entwicklungsstand der Regionen zu verringern und gleichzeitig vorrangig Wachstumspole (Clusterregionen) in den EU-Mitgliedsländern fördern. Es geht nicht um Konvergenz oder Clusterförderung, sondern um eine ausgewogene Kombination von Förderung regionaler Wettbewerbsfähigkeit und Abbau regionaler Disparitäten. Schließlich käme es auch zu Konvergenzen, wenn rückständige Regionen durch Spillovereffekte der Cluster ein höheres Wachstumstempo erreichen können.